



HOFFNUNG AUF SCHUTZ UND SICHERHEIT

GEFLÜCHTETE AN DEN EU-AUSSENGRENZEN

AMNESTY
INTERNATIONAL



© Imago Images / Dominika Zarzycka

Polnische Soldaten errichten eine Grenze zwischen Weißrussland und der EU.

AUSHÖHLUNG DES EUROPÄISCHEN ASYLRECHTS

Ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit Vorgaben für den Schutz, die Versorgung und Aufnahme von Geflüchteten soll einheitliche Standards für Asylverfahren in der EU sichern. Aber nicht alle Staaten halten sich an diese Maßgaben oder setzen sie sogar willkürlich außer Kraft.

Die europäische Dublin-III-Verordnung weist die Zuständigkeit für das Asylverfahren in der Regel dem Mitgliedstaat zu, den die Schutzsuchenden zuerst betreten haben. **Das Resultat: extreme Belastungen für die Länder an den Außengrenzen. Die Unterstützung durch andere Staaten reicht dabei kaum aus. Auf einen gerechteren Verteilungsschlüssel für Geflüchtete können sich die Mitgliedstaaten jedoch nicht einigen.**

In der Folge schotten sich die Länder an den Außengrenzen immer weiter gegen Geflüchtete ab. Leidtragende sind die Schutzsuchenden: Viele haben keine Möglichkeit, in Europa Asyl zu beantragen. Andere müssen unter teils unhaltbaren Zuständen ihr Verfahren abwarten. Nur für wenige erfüllt sich die Hoffnung auf Schutz und Sicherheit in Europa.

FESTUNG EUROPA

Seit Jahren schaffen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine „Festung Europa“ durch die Abschottung ihrer Außengrenzen. Wer wegen politischer Verfolgung oder bewaffneter Konflikte das Heimatland verlassen muss, hat praktisch kaum eine Chance, legal in die EU einzureisen und Asyl zu beantragen. Anstatt in ein faires Asylsystem zu investieren, haben die EU-Staaten mit rund 1.000 Kilometern Zäunen und Mauern ihre Außengrenzen aufgerüstet. Zuletzt wurden die Abschottungsmaßnahmen an der Grenze zu Belarus verstärkt. Hinzu kommen millionenschwere Investitionen in Überwachungssysteme und die Grenzschutzagentur FRONTEX. Sie steht wegen ihrer Verwicklungen in zahlreiche Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Zusätzlich kooperiert die EU mit verschiedenen Transitländern entlang der Fluchtrouten, um Geflüchtete von der Weiterreise nach Europa abzuhalten. Einige dieser Länder verletzen systematisch Menschenrechte. **Die EU missachtet so ihre rechtlichen Pflichten gegenüber Schutzsuchenden.**

GEWALT AN DEN AUSSENGRENZEN

Unmittelbar an den Außengrenzen der EU sind Schutzsuchende regelmäßig schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Neben sogenannten Pushbacks, dem völkerrechtswidrigen Zurückdrängen von Schutzsuchenden an der Grenze, erleben Geflüchtete vielerorts körperliche und psychische Gewalt durch Sicherheitskräfte. Willkürliche Inhaftierungen sind an der Tagesordnung. Ein verlässlicher Zugang zum Asylverfahren ist nicht gewährleistet. Sofern Verfahren durchgeführt werden, müssen die Schutzsuchenden oft monatelang in Haft und unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren.



© UNHCR / A. Rodriguez

Spanische Küstenwache fängt Geflüchtete ab.

BRENNPUNKT BELARUSSISCHE GRENZREGION

In der Grenzregion von Belarus zu Polen, Lettland und Litauen finden gravierende Menschenrechtsverletzungen statt.

Nachdem das belarussische Regime 2021 teilweise gewaltsam Migrationsströme an die Außengrenzen der EU geleitet hat, um politischen Druck auszuüben, gehen die Staaten radikal gegen die Schutzsuchenden vor. Sie sitzen als Spielbälle der Politik in der Falle. Mit Tasern und Pfefferspray führen Sicherheitskräfte Pushbacks an der litauischen Grenze durch. In Polen wurde das Zurückdrängen sogar durch ein nationales Gesetz legalisiert. Wer dennoch europäischen Boden erreicht, erlebt dort körperliche und psychische Misshandlungen. Die Schutzsuchenden werden meist in überfüllten Haftzentren festgehalten und anschließend zurück nach Belarus verbracht. Geflüchtete berichten auch, dass sie in Lettland durch körperliche Gewalt zur „freiwilligen Rückkehr“ gezwungen wurden. Zugang zu medizinischer Versorgung und rechtlicher Beratung besteht nicht.



Syrischer Migrant in den Wäldern Polens nach illegalem Grenzübertritt aus Belarus

FLUCHT ÜBER DAS MITTELMEER

Noch immer nehmen zahlreiche Geflüchtete die gefährliche Überfahrt auf dem Mittelmeer in Kauf, um Schutz in Europa zu suchen. Während 2016 die meisten Schutzsuchenden in Griechenland ankamen, verzeichnete 2022 Italien die meisten Ankünfte. Menschenrechtsverletzungen erleiden die Geflüchteten auf beiden Routen. An der griechischen Küste werden Pushbacks durchgeführt, Schutzsuchende müssen in überfüllten Aufnahmelagern unter unhaltbaren Zuständen ihr Asylverfahren abwarten. Die Überfahrt nach Italien birgt hingegen das Risiko, von der libyschen Küstenwache abgefangen und inhaftiert zu werden. Der systematische Einsatz von Folter und unmenschlicher Behandlung durch die Sicherheitskräfte wurde umfassend dokumentiert.

GUTES BEISPIEL: AUFNAHME UKRAINISCHER FLÜCHTLINGE

Die Europäische Union hat unlängst bewiesen, dass die Mitgliedstaaten zur solidarischen Aufnahme Schutzsuchender in der Lage sind: Seit Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 haben rund 4,7 Millionen Menschen aus der Ukraine Zuflucht in der EU gefunden. Sie wurden im Wege der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie aufgenommen, ohne das reguläre Asylverfahren durchlaufen zu müssen. Das ermöglicht zugleich einen unbürokratischen Zugang zu Sozialleistungen, Bildung und Jobs. Auch die überwältigende Unterstützung der Zivilgesellschaft hat den Flüchtlingen aus der Ukraine den Neuanfang in der EU erleichtert.



Ankunftszentrum für Geflüchtete aus der Ukraine am Hauptbahnhof Stuttgart

SEI DABEI! FORDERE SCHUTZ FÜR GEFLÜCHTETE IN EUROPA!

Weltweit sind mehr als 100 Millionen Menschen auf der Flucht – das ist mehr als ein Prozent der gesamten Weltbevölkerung. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe! Beteilige dich an Eilaktionen für Geflüchtete, wenn deren Rechte verletzt werden oder wenn sie in ihre Heimatländer abgeschoben werden sollen, obwohl ihnen dort Verfolgung und Gewalt droht. [amnesty.de/urgent-actions](https://www.amnesty.de/urgent-actions)

Weitere Informationen findest du auf [amnesty.de/fluechtlinge](https://www.amnesty.de/fluechtlinge)

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als zehn Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie sich mit Mut, Kraft und Kreativität für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten, oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Menschen auf der Flucht
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- für eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen: [amnesty.de/mitmachen](https://www.amnesty.de/mitmachen)

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

Dein Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit: [amnesty.de/spenden](https://www.amnesty.de/spenden)

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E.V.

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de · W: [amnesty.de](https://www.amnesty.de)
SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · Bank für Sozialwirtschaft · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, März 2023, V.i.S.d.P. Anton Landgraf, Art.-Nr. 52023
Titelbild: Harter Winter in syrischem Flüchtlingslager © Imago Images / Rami Alsayed

twitter.com/amnesty_de [instagram.com/amnestydeutschland](https://www.instagram.com/amnestydeutschland)
[facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)

